



Am gesetzlichen Mindestlohn führt auf Dauer kein Weg vorbei

Pressemitteilung von Werner Dreibus, 27. September 2007

**Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU),
Bundesarbeitsminister Franz Müntefering
(SPD), die Bundesländern Baden-Württemberg
und Niedersachsen sowie der Chef der
Deutschen Post, Klaus Zumwinkel, streiten um
einen Mindestlohn für die Postbranche. Dazu
erklärt der stellvertretende Vorsitzende und
gewerkschaftspolitische Sprecher der Fraktion
DIE LINKE, Werner Dreibus:**

Wenn man sich das Gezerre um den Post-Mindestlohn anschaut, mag man sich gar nicht ausmalen, wie lange es dauern wird, bis weitere Branchen eine Lohnuntergrenze festlegen. Es zeigt einmal mehr: Branchen-Mindestlöhne helfen nur sehr begrenzt weiter. Wer Armutslöhne wirklich verhindern will, kommt an einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn nicht vorbei. Die SPD sollte deshalb über ihren Schatten springen und die Mehrheit nutzen, die es im Bundestag für einen gesetzlichen Mindestlohn gibt. An der LINKEN wird dieses Vorhaben gewiss nicht scheitern.

